

16.01.2024

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3088 vom 18. Dezember 2023
des Abgeordneten Ralf Witzel FDP
Drucksache 18/7476

Hunderttausende fehlende Steuererklärungen und Schätzungen bei der Grundsteuer – Welches Ausmaß an immer noch ausstehenden Erklärungen und Schätzungen sowie eingegangenen Einsprüchen liegt bei der Grundsteuerreform in Nordrhein-Westfalen vor?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Die Verärgerung zahlreicher Steuerpflichtiger über die neue Grundsteuerbürokratie hält bei Privatpersonen, Unternehmen, Vereinen und sonstigen Betroffenen unvermindert an. Sogar viele Experten hadern mit der neuen Grundsteuererklärung, die allgemein verpflichtend über das ELSTER-Onlineportal der Finanzverwaltung zu erledigen ist. Durch diesen erzwungenen Übermittlungsweg der Daten sparen die Finanzbehörden zwar eigenen Personalaufwand, da sie die anfallenden Arbeiten auf die Steuerpflichtigen delegieren, aber dadurch erhöhen sie die Belastungen bei zahlreichen Steuerpflichtigen. Unverändert ist die große Überforderung und Belastung der Bevölkerung durch das unnötig bürokratische Scholz-Modell und dessen Administration ein zentrales Dauerärgernis bei nordrhein-westfälischen Steuerzahlern seit Beginn der Datenerhebung bis zum heutigen Tag.

Ein wichtiger Kritikpunkt liegt in der unnötigen Kompliziertheit des bürokratischen Scholz-Modells begründet. Per Länderöffnungsklausel hätte die Landtagsmehrheit dem Vorschlag der FDP-Landtagsfraktion für ein einfacheres flächenbasiertes Grundsteuermodell folgen können und sollen. Da dieses ausschließlich aus anderen Erfassungen bereits bekannte Daten erfordert, wäre dabei außerdem der Versand vorausgefüllter Steuererklärungen möglich gewesen, der sicher zu einer deutlich höheren Akzeptanz geführt hätte.

Für die FDP-Landtagsfraktion ist das Thema Grundsteuerreform schon seit etlichen Jahren von großem Interesse, da diese gleichermaßen selbstnutzende Wohneigentümer, Vermieter und Mieter sowie Betriebe, Vereine und andere Organisationen betrifft. Anders als beim Kauf von vielen reinen Konsumgütern ist Wohnen ein Existenzbedürfnis, und es besteht regulär keine Möglichkeit zur Grundsteuervermeidung durch schnelle Verhaltensänderungen.

In der Sachverständigenanhörung des Haushalts- und Finanzausschusses haben Experten am 25. August 2022 bei der Sitzung ebenso wie im Vorfeld mit schriftlichen Stellungnahmen des Verbandes Haus & Grund, vom Bund der Steuerzahler und der Immobilienwirtschaft im

Datum des Originals: 16.01.2024/Ausgegeben: 22.01.2024

Zentralen Immobilienausschuss (ZIA) ihre umfangreiche Kritik am Scholz-Modell artikuliert und einen Systemwechsel hin zu einem flächenbasierten Modell gefordert.

Zuletzt hat der Finanzminister einräumen müssen, dass nach den aktuellsten Erkenntnissen gegen die Grundsteuerbescheide in Nordrhein-Westfalen bereits am Monatsende September 2023 über eine Million Einsprüche vorgelegt haben. Von diesen entfallen anteilig 782.000 auf Rechtsmittel gegen den Grundsteuerwert und 387.000 gegen den Messbetrag.

Die absoluten Einspruchszahlen steigen nach Informationen aus der Finanzverwaltung seitdem kontinuierlich an, und auch die Einspruchsquote hat sich in den letzten Monaten fast verdoppelt. Ein Ende der rechtlichen Auseinandersetzungen bezüglich des hochumstrittenen Scholz-Modells der Grundsteuerberechnung ist noch lange nicht in Sicht. Zuletzt hat die Einspruchsquote gegen Grundsteuerwertfeststellungsbescheide immerhin 13,3% betragen. Nähere Informationen zu den zuvor dargestellten Sachverhalten können beispielsweise der Landtags-Drucksache 18/6760 entnommen werden.

Dabei sind aktuell noch längst nicht alle verpflichtenden Steuererklärungen eingegangen. Nach Informationen aus der Finanzverwaltung fehlen weiterhin Hunderttausende Eingänge. Auch dann, wenn Finanzämter Schätzungen vorgenommen haben, ist dadurch die Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung durch die betroffenen Steuerpflichtigen noch nicht erfüllt.

Die Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG) als Beschäftigtenvertretung der Finanzbeamten hat wiederholt mitgeteilt, dass diese seit Monaten unter der Arbeitslast zusammenbrechen und leicht der Überblick über die „schubkarrenweise eingehenden Einsprüche“ verlorengelht (siehe dpa-Meldung „Gewerkschaft fordert mehr Personal für Grundsteuer-Schätzungen“ vom 11. Juli 2023). In vorgenannter Nachrichtenagenturmeldung sagt der stellvertretende Landesvorsitzende der DSTG zur Zahl der Einsprüche folgendes:

„Wie viele es sind, kann niemand so richtig sagen, weil die meisten unbearbeitet auf Tischen und Fensterbänken gelagert werden.“

Die steigende Konfliktintensität der Grundsteuerfeststellungserklärungen wird zunehmend zu einer Belastung für die nordrhein-westfälischen Kommunen, die auf eine rechtssichere und rechtzeitige Berechnung ihrer Grundsteuereinnahmen im jeweiligen örtlichen Haushalt zwingend angewiesen sind. Die Grundsteuer ist für nahezu alle Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen eine der ertragsstärksten Steuerarten.

Die FDP-Landtagsfraktion warnt ihrerseits seit jeher vor dem unnötig bürokratischen Scholz-Modell, bei dem eine Verständlichkeit und Akzeptanz bei zahlreichen Steuerpflichtigen nachvollziehbarerweise nicht gegeben sind. Konstruktive Vorschläge für ein besseres und praktikableres Grundsteuermodell weist der Finanzminister seit Jahresmitte 2022 vor allem mit dem Argument zurück, es dürfe zu keiner Verzögerung im Vergleich zur ursprünglichen Zeitplanung kommen. Nun ist umgekehrt genau diese eingetreten, da der Finanzminister jeder vernünftigen Verfahrensvereinfachung eine Absage erteilt hat.

Nach Rückmeldungen aus der Finanzverwaltung ist die ursprünglich nur bis 30. April 2023 geplante Grundsteuer-Hotline inzwischen in etlichen Finanzämtern oder sogar landesweit noch ein weiteres Mal verlängert worden. Diese Entscheidung ist sicherlich angesichts der vielen Unklarheiten nicht verkehrt, zeigt aber zugleich, mit welchem angenommenen Zeitbedarf der Finanzminister im aktuellen Grundsteuererklärungsverfahren bei den vielen ausstehenden Eingängen noch rechnet. Auch bei den zuletzt für den September 2023 veröffentlichten Anruferzahlen bei der Grundsteuerhotline sind wochentags noch fast durchgängig vierstellige Werte zu verzeichnen (siehe Landtags-Drucksache 18/6760).

Aufgrund der zahlreichen immer noch ausstehenden Grundsteuererklärungen und der stark steigenden Einspruchszahlen im Land Nordrhein-Westfalen ist es für den Landtag von großem Interesse zu erfahren, wie die aktuellen Daten, Zahlen und Fakten zum Status des Grundsteuerverfahrens konkret aussehen und mit welchen verbindlichen Zielmarken der Finanzminister seine weiteren Prozesse steuert.

Der Minister der Finanzen hat die Kleine Anfrage 3088 mit Schreiben vom 16. Januar 2024 namens der Landesregierung beantwortet.

1. *Wie sehen jeweils für die Stichtage 31. Oktober 2023 und 30. November 2023 die Erklärungseingangsquote und die ELSTER-Quote landesweit sowie aufgeschlüsselt nach den einzelnen Finanzämtern aus? (Sachstandsaktualisierung analog zu bisherigen Darstellungen erbeten)*

Bei Ermittlung der Erklärungseingangsquoten werden die elektronisch eingegangenen Erklärungen, die in Papierform abgegebenen und gescannten Erklärungen sowie die personell durch die Beschäftigten der Finanzämter erfassten Erklärungen berücksichtigt.

Bei Ermittlung der ELSTER-Quoten werden die elektronisch eingegangenen Erklärungen sowie die in Papierform abgegebenen und gescannten Erklärungen berücksichtigt.

Die der Berechnung beider Quoten zugrundeliegenden Erklärungseingänge wurden um die berechtigten und mehrfach übermittelten Erklärungen bereinigt.

Die Anzahl der wirtschaftlichen Einheiten, für die Grundsteuerwertfeststellungen vorzunehmen sind, wird kontinuierlich überprüft und bei Bedarf angepasst (z. B. um solche Fälle, für die nach aktueller Rechtslage keine Erklärung mehr abzugeben ist).

Danach lag die landesweite Erklärungseingangsquote am

- am 31. Oktober 2023 bei 93 %,
- am 30. November 2023 bei 93,2 % und

die landesweite ELSTER-Quote

- am 31. Oktober 2023 und am 30. November 2023 jeweils bei rund 89 %.

Die entsprechend ermittelten Quoten der Finanzämter können den nachstehenden Tabellen entnommen werden.

| Stand: 31. Oktober 2023 | Erklärungseingangs- quote* | ELSTER-Quote** |
|----------------------------|---|--|
| | *Anteil der abgegebenen Erklärungen an den insgesamt abzugebenden Erklärungen | **Anteil der elektronisch abgegebenen an den insgesamt abgegebenen Erklärungen |
| Dinslaken | 94,69 % | 88,55 % |
| Viersen | 93,80 % | 90,85 % |
| Düsseldorf-Altstadt | 93,59 % | 94,21 % |
| Düsseldorf-Nord | 91,87 % | 91,72 % |
| Düsseldorf-Süd | 93,42 % | 91,45 % |
| Duisburg-Hamborn | 89,60 % | 87,36 % |
| Duisburg-Süd | 91,99 % | 89,66 % |
| Essen-NordOst | 93,10 % | 89,26 % |
| Essen-Süd | 93,70 % | 91,37 % |
| Geldern | 93,42 % | 96,61 % |
| Grevenbroich | 92,48 % | 88,94 % |
| Kempen | 93,93 % | 92,96 % |
| Kleve | 92,63 % | 90,60 % |
| Krefeld | 92,71 % | 89,48 % |
| Kamp-Lintfort | 93,42 % | 89,29 % |
| Mülheim an der Ruhr | 92,65 % | 90,09 % |
| Mönchengladbach | 93,53 % | 89,75 % |
| Neuss | 94,37 % | 90,09 % |
| Oberhausen-Nord | 93,63 % | 90,24 % |
| Oberhausen-Süd | 91,78 % | 86,85 % |
| Remscheid | 92,59 % | 88,13 % |
| Solingen | 93,15 % | 89,01 % |
| Wesel | 93,68 % | 90,53 % |
| Wuppertal-Barmen | 91,56 % | 86,66 % |
| Wuppertal-Elberfeld | 92,84 % | 88,20 % |
| Düsseldorf-Mitte | 91,94 % | 92,13 % |
| Duisburg-West | 91,07 % | 88,67 % |
| Hilden | 94,36 % | 90,10 % |
| Velbert | 93,31 % | 89,42 % |
| Düsseldorf-Mettmann | 93,33 % | 92,18 % |
| Aachen-Stadt | 95,00 % | 89,57 % |
| Aachen-Kreis | 93,77 % | 89,07 % |
| Bergheim | 93,80 % | 87,42 % |
| Bergisch Gladbach | 93,19 % | 89,58 % |
| Bonn-Innenstadt | 92,48 % | 92,10 % |
| Bonn-Außenstadt | 92,88 % | 88,91 % |
| Düren | 93,01 % | 86,29 % |

| Stand: 31. Oktober 2023 | Erklärungseingangs- quote* | ELSTER-Quote** |
|------------------------------------|---------------------------------------|-----------------------|
| Erkelenz | 92,70 % | 88,95 % |
| Euskirchen | 92,36 % | 87,53 % |
| Geilenkirchen | 92,02 % | 90,45 % |
| Schleiden | 91,39 % | 90,47 % |
| Gummersbach | 91,55 % | 88,33 % |
| Jülich | 93,41 % | 86,58 % |
| Köln-Altstadt | 92,24 % | 94,19 % |
| Köln-Mitte | 92,70 % | 98,41 % |
| Köln-Porz | 92,72 % | 87,19 % |
| Köln-Nord | 92,64 % | 91,85 % |
| Köln-Ost | 91,80 % | 90,75 % |
| Köln-Süd | 91,87 % | 91,49 % |
| Siegburg | 92,58 % | 88,26 % |
| Wipperfürth | 92,31 % | 87,37 % |
| Sankt Augustin | 92,59 % | 89,31 % |
| Köln-West | 93,94 % | 90,93 % |
| Brühl | 92,52 % | 88,48 % |
| Leverkusen | 91,47 % | 89,65 % |
| Ahaus | 92,86 % | 91,92 % |
| Altena | 90,48 % | 87,93 % |
| Arnsberg | 93,31 % | 91,12 % |
| Beckum | 93,93 % | 88,78 % |
| Bielefeld-Innenstadt | 93,79 % | 90,05 % |
| Bochum-Mitte | 93,35 % | 88,10 % |
| Borken | 93,62 % | 91,74 % |
| Bottrop | 93,35 % | 88,39 % |
| Brilon | 90,52 % | 88,53 % |
| Bünde | 92,76 % | 85,36 % |
| Steinfurt | 93,46 % | 89,55 % |
| Coesfeld | 93,72 % | 89,40 % |
| Detmold | 93,35 % | 88,37 % |
| Dortmund-West | 93,33 % | 90,05 % |
| Dortmund-Hörde | 94,56 % | 88,07 % |
| Dortmund-Unna | 93,77 % | 88,24 % |
| Dortmund-Ost | 93,04 % | 88,72 % |
| Gelsenkirchen | 89,76 % | 87,03 % |
| Hagen | 93,08 % | 87,38 % |
| Hamm | 93,88 % | 83,60 % |
| Hattingen | 94,11 % | 87,51 % |
| Herford | 93,54 % | 86,21 % |
| Herne | 91,53 % | 87,40 % |
| Höxter | 92,34 % | 87,33 % |

| Stand: 31. Oktober 2023 | Erklärungseingangs- quote* | ELSTER-Quote** |
|------------------------------------|---------------------------------------|-----------------------|
| Ibbenbüren | 94,21 % | 90,08 % |
| Iserlohn | 94,09 % | 86,82 % |
| Lemgo | 92,04 % | 86,22 % |
| Lippstadt | 93,86 % | 86,52 % |
| Lübbecke | 91,01 % | 90,08 % |
| Lüdenscheid | 93,16 % | 87,29 % |
| Lüdinghausen | 93,43 % | 89,08 % |
| Meschede | 93,51 % | 88,22 % |
| Minden | 92,14 % | 88,05 % |
| Münster-Außenstadt | 94,86 % | 91,24 % |
| Münster-Innenstadt | 94,68 % | 91,40 % |
| Olpe | 93,09 % | 89,51 % |
| Paderborn | 92,66 % | 90,87 % |
| Recklinghausen | 91,66 % | 88,31 % |
| Schwelm | 93,88 % | 89,32 % |
| Siegen | 92,75 % | 85,77 % |
| Soest | 92,76 % | 88,77 % |
| Warburg | 92,93 % | 88,71 % |
| Warendorf | 94,24 % | 90,03 % |
| Wiedenbrück | 94,24 % | 89,19 % |
| Witten | 92,69 % | 87,46 % |
| Bielefeld-Außenstadt | 94,28 % | 87,33 % |
| Bochum-Süd | 93,88 % | 90,01 % |
| Gütersloh | 92,93 % | 89,05 % |
| Marl | 93,61 % | 87,67 % |

| Stand: 30. November 2023 | Erklärungseingangs- quote* | ELSTER-Quote** |
|-------------------------------------|---|--|
| | *Anteil der abgegebenen Erklärungen an den insgesamt abzugebenden Erklärungen | **Anteil der elektronisch abgegebenen an den insgesamt abgegebenen Erklärungen |

| | | |
|---------------------|---------|---------|
| Dinslaken | 94,81 % | 88,54 % |
| Viersen | 93,98 % | 90,85 % |
| Düsseldorf-Altstadt | 93,68 % | 94,21 % |
| Düsseldorf-Nord | 92,02 % | 91,62 % |
| Düsseldorf-Süd | 93,63 % | 91,46 % |
| Duisburg-Hamborn | 89,72 % | 87,35 % |
| Duisburg-Süd | 92,15 % | 89,64 % |

| Stand: 30. November 2023 | Erklärungseingangs- quote* | ELSTER-Quote** |
|-------------------------------------|---------------------------------------|-----------------------|
| Essen-NordOst | 93,27 % | 89,27 % |
| Essen-Süd | 93,87 % | 91,38 % |
| Geldern | 93,62 % | 96,62 % |
| Grevenbroich | 92,67 % | 88,95 % |
| Kempen | 94,07 % | 92,96 % |
| Kleve | 92,83 % | 90,60 % |
| Krefeld | 92,90 % | 89,48 % |
| Kamp-Lintfort | 93,59 % | 89,31 % |
| Mülheim an der Ruhr | 92,79 % | 90,09 % |
| Mönchengladbach | 93,72 % | 89,75 % |
| Neuss | 94,51 % | 90,10 % |
| Oberhausen-Nord | 93,71 % | 90,25 % |
| Oberhausen-Süd | 92,04 % | 86,86 % |
| Remscheid | 92,74 % | 88,13 % |
| Solingen | 93,33 % | 89,02 % |
| Wesel | 93,85 % | 90,51 % |
| Wuppertal-Barmen | 91,78 % | 86,67 % |
| Wuppertal-Elberfeld | 93,30 % | 88,20 % |
| Düsseldorf-Mitte | 92,12 % | 92,11 % |
| Duisburg-West | 91,29 % | 88,68 % |
| Hilden | 94,55 % | 90,08 % |
| Velbert | 93,56 % | 89,42 % |
| Düsseldorf-Mettmann | 93,53 % | 92,18 % |
| Aachen-Stadt | 95,15 % | 89,57 % |
| Aachen-Kreis | 93,96 % | 89,07 % |
| Bergheim | 94,06 % | 87,44 % |
| Bergisch Gladbach | 93,42 % | 89,58 % |
| Bonn-Innenstadt | 92,70 % | 92,10 % |
| Bonn-Außenstadt | 93,07 % | 88,91 % |
| Düren | 93,29 % | 86,28 % |
| Erkelenz | 92,96 % | 88,94 % |
| Euskirchen | 92,58 % | 87,55 % |
| Geilenkirchen | 92,24 % | 90,45 % |
| Schleiden | 91,67 % | 90,48 % |
| Gummersbach | 91,78 % | 88,32 % |
| Jülich | 93,64 % | 86,59 % |
| Köln-Altstadt | 92,36 % | 94,20 % |
| Köln-Mitte | 92,95 % | 98,41 % |
| Köln-Porz | 92,93 % | 87,17 % |
| Köln-Nord | 92,81 % | 91,84 % |
| Köln-Ost | 91,91 % | 90,76 % |
| Köln-Süd | 92,10 % | 91,50 % |

| Stand: 30. November 2023 | Erklärungseingangs- quote* | ELSTER-Quote** |
|-------------------------------------|---------------------------------------|-----------------------|
| Siegburg | 92,86 % | 88,24 % |
| Wipperfürth | 92,54 % | 87,39 % |
| Sankt Augustin | 92,87 % | 89,30 % |
| Köln-West | 94,11 % | 90,93 % |
| Brühl | 92,72 % | 88,49 % |
| Leverkusen | 91,82 % | 89,67 % |
| Ahaus | 93,13 % | 91,94 % |
| Altena | 90,73 % | 87,92 % |
| Arnsberg | 93,53 % | 91,12 % |
| Beckum | 94,11 % | 88,79 % |
| Bielefeld-Innenstadt | 94,07 % | 90,04 % |
| Bochum-Mitte | 93,48 % | 88,11 % |
| Borken | 93,92 % | 91,75 % |
| Bottrop | 93,51 % | 88,39 % |
| Brilon | 90,77 % | 88,56 % |
| Bünde | 92,98 % | 85,34 % |
| Steinfurt | 93,63 % | 89,56 % |
| Coesfeld | 93,96 % | 89,40 % |
| Detmold | 93,53 % | 88,37 % |
| Dortmund-West | 93,52 % | 90,06 % |
| Dortmund-Hörde | 94,74 % | 88,09 % |
| Dortmund-Unna | 93,96 % | 88,20 % |
| Dortmund-Ost | 93,27 % | 88,71 % |
| Gelsenkirchen | 89,93 % | 87,02 % |
| Hagen | 93,29 % | 87,39 % |
| Hamm | 94,14 % | 83,61 % |
| Hattingen | 94,23 % | 87,51 % |
| Herford | 93,83 % | 86,22 % |
| Herne | 91,89 % | 87,37 % |
| Höxter | 92,50 % | 87,32 % |
| Ibbenbüren | 94,37 % | 90,09 % |
| Iserlohn | 94,18 % | 86,82 % |
| Lemgo | 92,23 % | 86,23 % |
| Lippstadt | 94,06 % | 86,52 % |
| Lübbecke | 91,25 % | 90,07 % |
| Lüdenscheid | 93,34 % | 87,28 % |
| Lüdinghausen | 93,69 % | 89,08 % |
| Meschede | 93,73 % | 88,21 % |
| Minden | 92,40 % | 88,03 % |
| Münster-Außenstadt | 95,10 % | 91,26 % |
| Münster-Innenstadt | 94,96 % | 91,40 % |
| Olpe | 93,31 % | 89,43 % |

| Stand: 30. November 2023 | Erklärungseingangs- quote* | ELSTER-Quote** |
|-------------------------------------|---------------------------------------|-----------------------|
| Paderborn | 92,91 % | 90,87 % |
| Recklinghausen | 91,85 % | 88,30 % |
| Schwelm | 94,12 % | 89,33 % |
| Siegen | 93,01 % | 85,77 % |
| Soest | 93,00 % | 88,80 % |
| Warburg | 93,15 % | 88,73 % |
| Warendorf | 94,40 % | 90,05 % |
| Wiedenbrück | 94,44 % | 89,19 % |
| Witten | 92,87 % | 87,47 % |
| Bielefeld-Außenstadt | 94,48 % | 87,33 % |
| Bochum-Süd | 94,08 % | 90,02 % |
| Gütersloh | 93,26 % | 89,05 % |
| Marl | 93,82 % | 87,65 % |

2. Wie viele der jeweils bis zum 31. Oktober 2023 und bis zum 30. November 2023 eingegangenen Grundsteuererklärungen sind seitens der nordrhein-westfälischen Finanzverwaltung durch Bescheiderteilung an die Steuerpflichtigen nun abschließend bearbeitet und bestandskräftig geworden? (Sachstandsaktualisierung bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozent analog zu bisherigen Darstellungen für diese neuen Stichtage erbeten)

Den Angaben liegen die bis zum 21. Dezember 2023 durch das Festsetzungsprogramm verarbeiteten Erklärungen zugrunde.

Von den bis zum 31. Oktober 2023 eingegangenen Erklärungen sind rund 5.852.800 Erklärungen erledigt worden. Das sind rund 98 % der bis zum 31. Oktober 2023 (24.00 Uhr) eingegangenen Erklärungen.

Von den bis zum 30. November 2023 eingegangenen Erklärungen sind rund 5.857.600 Erklärungen erledigt worden. Das sind rund 98 % der bis zum 30. November 2023 (24.00 Uhr) eingegangenen Erklärungen.

3. Wie sehen bei der Erfassung der Eingänge jeweils zu den Stichtagen 31. Oktober 2023 und 30. November 2023 jeweils die Autofallquote und -anzahl vollmaschineller Verarbeitung (bei korrekt und vollständig erscheinenden Angaben) bzw. die Überprüfungsquote und -anzahl zur personellen Bearbeitung (Aussteuerung zum Beispiel aufgrund angenommener Nacharbeitsbedarfe, falschen Angaben oder Unvollständigkeit der Daten etc.) aus? (Sachstandsaktualisierung bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozent analog zu bisherigen Darstellungen für die neuen Stichtage erbeten)

Den Angaben liegen die bis zum 21. Dezember 2023 durch das Festsetzungsprogramm verarbeiteten Erklärungen zugrunde.

Von den bis zum 31. Oktober 2023 eingegangenen Erklärungen wurden rund 3.042.000, also 51 % vollmaschinell verarbeitet und damit ohne personelle Prüfung erledigt (Autofallquote).

Von den bis zum 30. November 2023 eingegangenen Erklärungen wurden rund 3.043.000, also 51 % vollmaschinell verarbeitet und damit ohne personelle Prüfung erledigt (Autofallquote).

Die übrigen Fälle wurden durch Prüf- und/oder Fehlerhinweise zur personellen Bearbeitung ausgesteuert, z. B. weil die Angaben nicht vollständig oder nicht plausibel waren oder eine fachliche Überprüfung erforderlich war bzw. ist.

4. Genau wie viele Anfragen sind bei der Hotline der Finanzverwaltung, bitte jeweils täglich im Zeitraum vom 1. Oktober 2023 bis 30. November 2023, dort zu den Sachverhalten der Grundsteuer eingegangen? (Fortschreibung der Übersichten analog zu bisherigen Darstellungen erbeten)

Die in der Grundsteuerhotline vom 1. Oktober bis zum 30. November 2023 eingegangene Zahl der Anrufe ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen.

| Datum | Anzahl |
|---------------|--------|
| 01.10.23 (So) | 1 |
| 02.10.23 (Mo) | 1.158 |
| 03.10.23 (Di) | 54 |
| 04.10.23 (Mi) | 1.118 |
| 05.10.23 (Do) | 1.001 |
| 06.10.23 (Fr) | 665 |
| 07.10.23 (Sa) | 6 |
| 08.10.23 (So) | 3 |
| 09.10.23 (Mo) | 1.064 |
| 10.10.23 (Di) | 794 |
| 11.10.23 (Mi) | 714 |
| 12.10.23 (Do) | 892 |
| 13.10.23 (Fr) | 581 |
| 14.10.23 (Sa) | 5 |
| 15.10.23 (So) | 2 |
| 16.10.23 (Mo) | 865 |
| 17.10.23 (Di) | 787 |
| 18.10.23 (Mi) | 679 |
| 19.10.23 (Do) | 778 |
| 20.10.23 (Fr) | 607 |
| 21.10.23 (Sa) | 4 |
| 22.10.23 (So) | 3 |
| 23.10.23 (Mo) | 869 |
| 24.10.23 (Di) | 710 |

| Datum | Anzahl |
|---------------|--------|
| 25.10.23 (Mi) | 740 |
| 26.10.23 (Do) | 729 |
| 27.10.23 (Fr) | 516 |
| 28.10.23 (Sa) | 8 |
| 29.10.23 (So) | 2 |
| 30.10.23 (Mo) | 929 |
| 31.10.23 (Di) | 760 |
| 01.11.23 (Mi) | 62 |
| 02.11.23 (Do) | 769 |
| 03.11.23 (Fr) | 501 |
| 04.11.23 (Sa) | 12 |
| 05.11.23 (So) | 2 |
| 06.11.23 (Mo) | 1.386 |
| 07.11.23 (Di) | 1.170 |
| 08.11.23 (Mi) | 1.139 |
| 09.11.23 (Do) | 1.078 |
| 10.11.23 (Fr) | 811 |
| 11.11.23 (Sa) | 6 |
| 12.11.23 (So) | 2 |
| 13.11.23 (Mo) | 1.380 |
| 14.11.23 (Di) | 1.050 |
| 15.11.23 (Mi) | 977 |
| 16.11.23 (Do) | 895 |
| 17.11.23 (Fr) | 693 |
| 18.11.23 (Sa) | 7 |
| 19.11.23 (So) | 4 |
| 20.11.23 (Mo) | 1.046 |
| 21.11.23 (Di) | 776 |
| 22.11.23 (Mi) | 675 |
| 23.11.23 (Do) | 727 |
| 24.11.23 (Fr) | 511 |
| 25.11.23 (Sa) | 3 |
| 26.11.23 (So) | 2 |
| 27.11.23 (Mo) | 822 |
| 28.11.23 (Di) | 613 |
| 29.11.23 (Mi) | 674 |
| 30.11.23 (Do) | 672 |

5. Gegen jeweils wie viele Grundsteuerfeststellungsbescheide und Bescheide über den Grundsteuermessbetrag sind bis zu den beiden Stichtagen des 31. Oktober 2023 und 30. November 2023 Rechtsmittel (also Einsprüche oder Klagen) von Steuerpflichtigen eingelegt worden? (Angaben bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozent gemessen an den ergangenen Bescheiden als Sachstandsaktualisierung für die neuen Stichtage analog zu bisherigen Darstellungen)

Bis zum 30. Oktober 2023 wurden landesweit rund 837.000 Einsprüche gegen Grundsteuerwertfeststellungsbescheide eingetragen. Das sind 13,9 % der bis dahin erledigten Grundsteuerwertfeststellungen.

Bis zum 30. Oktober 2023 wurden landesweit rund 415.000 Einsprüche gegen Grundsteuermessbetragsbescheide eingetragen. Das sind 6,9 % der bis dahin erledigten Grundsteuermessbetragsfestsetzungen.

Bis zum 30. Oktober 2023 sind landesweit drei Klagen erhoben worden.

Bis zum 29. November 2023 wurden landesweit rund 876.000 Einsprüche gegen Grundsteuerwertfeststellungsbescheide eingetragen. Das sind 14,2 % der bis dahin erledigten Grundsteuerwertfeststellungen.

Bis zum 29. November 2023 wurden landesweit rund 435.000 Einsprüche gegen Grundsteuermessbetragsbescheide eingetragen. Das sind 7,1 % der bis dahin erledigten Grundsteuermessbetragsfestsetzungen.

Bis zum 29. November 2023 sind landesweit drei Klagen erhoben worden.